

DEMONSTRATIONSBEFRAGUNGEN

GRENZEN UND POTENZIALE EINER FORSCHUNGSMETHODE

Simon Teune und Peter Ullrich¹

Seit Anfang der 1990er Jahre gehören Befragungen von Demonstrierenden zum methodologischen Repertoire der sozialwissenschaftlichen Protest- und Bewegungsforschung. Sie erhalten ihren besonderen Charakter dadurch, dass sie Momentaufnahmen in einem aktuellen Konflikt sind. Die Aussagen der Befragten erlauben die analytische Verbindung von Einstellungen und soziodemografischem Profil der Beteiligten mit einer konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Das ist ein großer Vorteil gegenüber der Nutzung repräsentativer Bevölkerungsbefragungen in der Protestforschung. In ihnen wird zwar erhoben, welche Formen der Partizipation die Befragten nutzen, aber der Kontext, in dem das geschieht, bleibt offen. Ob sich das Engagement gegen die Unterbringung von Asylsuchenden oder gegen europäische Austeritätspolitik richtet, macht aber für das Verständnis von Protest einen gravierenden Unterschied. Die Befragung ‚im Handgemenge‘ ist allerdings auch mit Ambivalenzen und Nachteilen verbunden, die zu Beginn des Jahres besonders deutlich sichtbar wurden, als gleich mehrere Teams die Dresdener Pegida-Demonstrationen unter die Lupe nahmen.

Wie schon bei den "Montagsmahnwachen für den Frieden" im Sommer 2014 haben die Befragungen deutlich vor Augen geführt, dass die Methode der Demonstrationsbefragung bei bestimmten Bewegungstypen vor einigen Herausforderungen steht. Dies gilt insbesondere für rechte oder zu den überkommenen politischen Lagern quer liegende Bewegungen "postdemokratischer Empörung" (Ullrich 2015, vgl. a. Décieux/Nachtwey 2014). Wissenschaftler_innen der Initiative für Protest- und Bewegungsforschung (ipb, TU Berlin) und des Instituts für Demokratieforschung Göttingen haben im Mai 2015 mit weiteren Teilnehmer_innen des Kolloquiums "Politik von unten" diese Probleme und mögliche Lösungsansätze bzw. methodische Alternativen diskutiert. Wir danken den Teilnehmenden, insbesondere Julia Kopp und Alexander Hensel aus Göttingen, für ihre Beiträge und Anregungen, die in diesen Versuch eingehen, die wichtigsten in der Diskussion aufgeworfenen Fragen und damit auch einen Zwischenstand einer längst nicht abgeschlossenen Debatte aus Sicht der beiden Autoren zu dokumentieren.

DAS AUSGANGSPROBLEM

Die Pegida-Demonstrationen in Dresden haben gleich vier Teams auf den Plan gerufen, die vor Ort mit einer Demonstrationsbefragung – z.T. kombiniert mit anderen Methoden – mehr über die Teilnehmenden und ihre Motive herausfinden wollten. Das Vorgehen der einzelnen Befragungen

¹ Beide: Technische Universität Berlin, Zentrum Technik und Gesellschaft, Bereich „Soziale Bewegungen, Technik, Konflikte“, Zuschriften an teune@ztg.tu-berlin.de

ist ausführlich von Reuband (2015) beschrieben worden. Deshalb können wir uns hier auf wenige grundlegende und Reuband z.T. ergänzende Informationen beschränken.

Die am weitesten zurückreichende Erfahrung mit dieser Methode brachte das ipb-Team um Dieter Rucht mit. Seit der ersten groß angelegten und international vergleichenden Befragung bei den Protesten gegen den Irakkrieg 2003 hatten Rucht und Kolleg_innen bei den Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV, bei Sozialforen in Deutschland und Athen 2005, bei den Protesten gegen Stuttgart 21 und zuletzt, 2014, bei den Montagsmahnwachen für den Frieden Teilnehmende befragt. Bis zu den Stuttgarter Protesten waren dabei gedruckte Fragebögen genutzt worden, die die Demonstrierenden in einem frankierten Umschlag zurücksandten. In Dresden wurde eine Methode angewandt, die bereits bei den Montagsmahnwachen erprobt wurde: An die Teilnehmer_innen der Pegida-Demonstration wurden Handzettel verteilt, auf denen sie zur Teilnahme an einer Online-Befragung aufgerufen wurden. Der Zugang zu der Befragung war dabei nur mit einem einmalig nutzbaren Code möglich, der auf dem Handzettel aufgedruckt war. Das Team kombinierte die Befragung mit einer systematischen Beobachtung des Protestgeschehens (Daphi et al. 2015).

Die Erfahrung bei vorangegangenen Demonstrationen motivierte auch ein Team des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zur Durchführung einer Befragung in Dresden. Das Team hatte bei den Stuttgarter Protesten gegen das Projekt S21 das erste Mal mit einer Onlinebefragung Motive und Eigenschaften der Demonstrierenden erhoben. Es folgten Befragungen unter Gegner_innen des Berliner Flughafens BER und des Stromtrassenneubaus. Für die Dresdener Befragung nutzte das Team das gleiche Vorgehen: Handzettel mit einer URL, auf denen zur Beteiligung an einer frei zugänglichen Online-Befragung aufgerufen wurde, wurden verteilt. Die Befragung wurde später kombiniert mit Befragungen bei Pegida-Gegenveranstaltungen und Analysen von Fokusgruppen (Geiges, Marg und Walter 2015).

Die beiden Teams der Technischen Universität Dresden um Hans Vorländer und Werner Patzelt haben unseres Wissens das erste Mal Gebrauch von der Methode der Demonstrationsbefragung gemacht. Beide setzten dabei auf face-to-face Befragungen, sprachen also zufällig ausgewählte Teilnehmer_innen an und nahmen die Informationen im Pen-and-Paper-Verfahren durch die Interviewer_innen auf. Das Team um Vorländer befragte an drei Tagen im Dezember 2014 und Januar 2015 Teilnehmer_innen der Pegida-Demonstration (Vorländer, Herold und Schäller 2015). Das Team um Patzelt führte seine Befragungen zunächst im Januar 2015 durch und ergänzte die Befragungen durch eine zweite Welle im April und Mai 2015. Zudem sollte eine teilnehmende Beobachtung die Dynamik der Demonstrationen verstehbar machen (Patzelt und Eichardt 2015).

Während die Teams bei der Verteilung der Hinweise auf die Online-Befragungen von Anfeindungen und Zurückweisung berichteten, werden solche Erfahrungen in der Darstellung der Dresdner Teams erwähnt, bleiben aber im Hintergrund. Göttinger und Berliner betonen darüber hinaus die systematische Zurückweisung durch den harten Kern der Demonstrierenden und optisch als Hooligans oder Neonazis erkennbare Gruppen. Die Dresdener Teams sind deutlich optimistischer. In der jüngsten Veröffentlichung, die Befragungen im April und Mai einschließen, gehen Patzelt und Eichardt (2015, S. 3) davon aus, dass sie mit ihren Interviews den "harten Kern" der Pegida-Demonstrant_innen erfassen (der nicht mit dem harten Kern neonazistischer Teilnehmender identisch ist). Zum Teil lassen sich diese unterschiedlichen Einschätzungen auch durch die deutlichen Unterschiede beim Rücklauf erklären. An den Face-to-face-Befragungen beteiligte sich etwa jede_r dritte Angesprochene. Soweit sich es für die Online-Befragungen

rekonstruieren lässt (im Göttinger Fall ist unklar, wie viele Hinweiszettel verteilt wurden) liegt der Rücklauf hier deutlich darunter. Weniger als ein Fünftel der Demonstrierenden, die einen Handzettel entgegennahmen, beteiligten sich auch an der Befragung. Legt man die Zahl der angesprochenen Teilnehmer_innen zu Grunde liegt der Prozentsatz der ausgefüllten Online-Fragebögen bei knapp sieben Prozent.

Nachzudenken ist zukünftig also über die Vor- und Nachteile von Online- und herkömmlichen Befragungen, möglicherweise aber auch über Differenzen im Anspracheverhalten oder äußere Markierungen der Befragenden (Dresscodes etc.). Es lässt sich aber vorläufig festhalten, dass sich die face-to-face-Befragung für den Pegida-Kontext als erfolgreicher erwies. Aber die Probleme mit der Responsivität der Befragten und die z.T. aggressive Abwehr der Befragungen werfen grundsätzliche Fragen an die Methode der Demonstrationsbefragung auf, die im Vorfeld diskutiert worden waren, in ihrer ganzen Tragweite aber erst im Nachhinein erkennbar wurden. Im Folgenden wollen wir einzelne bei der Diskussion im Kolloquium "Politik von unten" angerissene Fragekomplexe dokumentieren und mögliche Antworten anreißen.

BEFRAGUNG IM HANDGEMENGE

Die Probleme und Ambivalenzen einer Befragung während eines zugespitzten, politischen Konfliktes zeigen sich insbesondere (1) in der Organisation so einer Befragung, (2) bei der Positionierung der Wissenschaft in einem solchen Konflikt, der meist unter erhöhter Medienaufmerksamkeit abläuft und schließlich (3) in Bezug auf die Erwartungen der Teilnehmenden an eine Befragung.

Nur wenige Protestereignisse sind so berechenbar, dass sich ein Befragungsteam mit langem Vorlauf vorbereiten kann. Viele Demonstrationsbefragungen werden entsprechend ad-hoc geplant und durchgeführt. Die Entwicklung des Fragebogens und die Vorbereitung der Befragungslogistik sind dadurch geprägt, dass die Entscheidung für eine Befragung kurzfristig gefällt wird. Dazu kommt, zumindest im Fall der ipb, dass sich die Projektteams zu großen Teilen ohne Bezahlung engagieren und eine Finanzierung der Befragungen ebenfalls kurzfristig sichergestellt werden muss. Auch die anderen Teams haben ihre Dresdner Befragungen mehr oder weniger nebenbei, nicht im Rahmen eines ausfinanzierten Forschungsvorhabens mit einer entsprechend abgesicherten Konzeptionierungsphase realisiert. Diese Rahmenbedingungen hinterlassen Spuren. Für die Pegida- und Mahnwachen-Befragungen mussten Konzepte und Erhebungsinstrumente aus anderen Untersuchungen übernommen werden, ohne diese für den Kontext dieser Art von Bewegung validieren zu können. Was es bedeutet, z.B. Fragen zu Rechtsextremismus an Demonstrierende zu stellen, die, teilweise entgegen ihrem Selbstbild, mit dem Vorwurf des Rassismus oder des Antisemitismus konfrontiert sind, lässt sich ohne eine methodenkritische Evaluation nur schwer einschätzen.

Die Pegida-Befragungen haben zudem allzu deutlich gemacht, dass die Wissenschaftler_innen selbst in dem Konflikt, den sie erforschen, zur Partei werden können. Zum einen haben die Reaktionen der Protetteilnehmer_innen gezeigt, dass die Befragung als Mittel der Manipulation und Denunziation angesehen wurde. Zum anderen haben die beteiligten Wissenschaftler_innen selbst z.T. weitreichende Aussagen zu den Protesten gemacht. Während Werner Patzelt den Großteil der Pegida-Teilnehmer_innen als besorgte Bürger_innen verstanden wissen wollte, die dem gegenwärtigen Zustand der Demokratie skeptisch gegenüber stünden, betonte das Berliner

Team rassistische Deutungsmuster als Kitt und stellte die Demonstrationen als Bedrohung für die demokratische Kultur dar. Inwiefern diese offensichtlich widersprüchlichen Deutungen empirisch grundiert sind, ist nicht immer eindeutig ausgewiesen.

Diese Unschärfe hängt eng mit einer zentralen Größe bei Demonstrationsbefragungen zusammen: sie passieren unter den Augen der Öffentlichkeit. In den letzten 15 Jahren sind Protestforscher_innen zu einem etablierten Typus von „Expert_innen“ geworden, die zu aktuellen Mobilisierungen befragt werden. Die Rede von vermeintlich neuen Protestphänomenen und Spekulationen über die Motivation und Zusammensetzung der Teilnehmenden können durch Demonstrationsbefragungen systematisch gewonnenem Wissen gegenübergestellt werden. Probleme bei der Erhebung und die Aussagekraft von Demonstrationsbefragungen spielen in der Medienberichterstattung allerdings nur selten eine Rolle. Vielmehr werden die Ergebnisse von Befragungen objektiviert und zum Anlass für kaum zulässige Prognosen genommen. Es ist auch nicht zu leugnen, dass die erwartbare Medienresonanz in den Entschluss zur Durchführung einer Befragung einfließt. Damit verstärkt die Forschung auch die Sichtbarkeit und das Gewicht von Mobilisierungen, die ohnehin im Licht der Öffentlichkeit stehen.

Es ist naheliegend anzunehmen, dass die Aufmerksamkeit für eine Protestmobilisierung auch das Antwortverhalten der Befragten nicht unberührt lässt. Demonstrationsbefragungen können als Gelegenheit gesehen werden, die eigene Meinung und die Motivation für die Teilnahme an einem Protest öffentlich sichtbar zu machen oder eben diese in ein besonders vorteilhaftes Licht zu setzen. Gerade wenn die Protestierenden sich öffentlicher Kritik ausgesetzt sehen, werden die Fragen im Bewusstsein der Beobachtung beantwortet. Für ein solches erwünschtes Antwortverhalten spricht z.B. die Bewertung von Items, die das Berliner Team zur Erfassung von rechtsextremen Einstellungen den Leipziger Mitte-Studien (Decker/Brähler/Kiess 2013) entnommen hatte. Bei Aussagen wie "Die Ausländer kommen nur hier her, um unseren Sozialstaat auszunutzen" zeigte sich bei der Berliner Pegida-Befragung eine deutliche Häufung in der neutralen Mittelkategorie im Vergleich mit der face-to-face bei den Befragten zu Hause durchgeführten Mitte-Studie (in dem Fall 54 gegenüber 32 Prozent).

PERSPEKTIVEN

Unabhängig von den situativen Problemen einer Demonstrationsbefragung, traten bei den Dresdener Befragungen auch andere Herausforderungen deutlich zu Tage, die an den spezifischen Charakter der Pegida-Proteste gekoppelt sind. Dabei gibt es für einzelne Problembereiche von Demonstrationsbefragungen bereits etablierte, aber eben umzusetzende Lösungen, andere wurden in der Diskussion der vergangenen Monate aufgeworfen und verlangen vertiefte Erörterungen.

Qualitätssicherung

Ein Hauptproblem der Pegida-Befragungen und des öffentlichen Streits um ihre Aussagekraft war die Qualität der Stichproben. Dabei entzündete sich die Kritik insbesondere an der mangelnden Repräsentativität (wobei einige eilige Kommentator_innen augenscheinlich wenig Kenntnis von diesem Gütekriterium hatten und Repräsentativität mit zumindest annähernder Vollerhebung verwechselten). Eine Repräsentativität des Samples ist tatsächlich bei keiner Demonstrationsbefragung sicherzustellen, solange relevante Informationen über die

Grundgesamtheit der Teilnehmenden fehlen. Entsprechendes Ziel bei Befragungen müsste also einerseits eine möglichst große Ausschöpfung und andererseits die strenge Sicherstellung tatsächlich weitgehender Zufallsauswahl sein. Beides war in Dresden durch die systematische Ablehnung eines Teils der Demonstrierenden weitgehend nicht sichergestellt. Doch vielleicht gibt es noch alternative Wege zur Gewinnung von mehr Informationen zu Teilaspekten. Bestimmte Charakteristika der Demonstrierenden lassen sich möglicherweise in Zukunft systematischer *beobachten* oder durch zusätzliche Stichproben bestimmen. Dies gilt zumindest für die Variablen Geschlecht und grobe Altersgruppen, die z.T. bereits erhoben wurden, aber auch für Aspekte der Involviertheit im Protest (relative Anzahl der Träger_innen von Plakaten/Fahnen mit welchen Motti usw.)

Dass die bei der Demonstration Anwesenden in den Befragungen nur unzureichend abgebildet waren, wurde dadurch verstärkt, dass – soweit dies aus den Publikationen nachvollziehbar ist – die vorhandenen Möglichkeiten der Sicherstellung von Zufallsauswahl nicht immer angewendet wurden. Bei strengem methodischem Vorgehen erfolgt eine Teilung der Demonstration in Sektoren und es gibt ein festgelegtes Vorgehen, das regelt, wer angesprochen wird. Eine Arbeitsteilung in Teams mit einer Person, die die "Zielperson" bestimmt und einer zweiten, die dann die Ansprache übernimmt, minimieren den Einfluss von Sympathie oder andere subjektive Kriterien, die das Sample systematisch verzerren können. Den Vergleich von Angesprochenen und tatsächlich an der Befragung (online oder postalisch) Teilnehmenden kann man durch die Kombination von ausführlicher Befragung mit einem Kurzfragebogen vor Ort (bzw. das Notieren askriptiver Kategorien wie Geschlecht) ermöglichen.

Den methodologischen Tiefpunkt im Kontext der Pegida-Befragungen bildeten für die Medien aufbereitete Präsentationen, bei denen völlig auf die Offenlegung methodischer Aspekte verzichtet wurde. Dies hinterlässt auch dann einen schalen Nachgeschmack, wenn ausführlichere Methodenberichte nachgereicht werden. Ganz klar ist hier eine fachgemeinschaftliche Diskussion über die Sicherstellung methodischer Standards angezeigt. Diese Diskussion müsste einerseits allgemeine Qualitätsstandards der Sozialforschung und die spezifischen der Erhebungsinstrumente in der Protestforschung reflektieren. Andererseits müsste auch die per se problematische Situation von ad-hoc-Befragungen berücksichtigt werden.

Im Einzelnen wäre unter anderem folgende Fragen zu diskutieren: Sollte es Mindest-Ausschöpfungsquoten geben? Wie kann man zumindest Hinweise über die Zusammensetzung der Grundgesamtheit sammeln, um Repräsentativität und Muster in der Responsivität zu testen? Wie sind Befragter_innen zu schulen und zu kontrollieren? Welche Methoden für Zufallsauswahl gibt es für unterschiedliche räumliche Settings?

Interpersonale Probleme: Ansprache, Rollen und Forschungsethik

Viele derjenigen, die Hinweiszettel verteilten, berichteten von unangenehmen Erfahrungen – bei der Pegida-Befragung, aber auch schon bei der Befragung der Montagsmahnwachen. Es gab offene Ablehnung bis hin zu Aggression. Doch auch unterhalb dieser Schwelle unangenehmer Erlebnisse und tatsächlicher Risiken für die körperliche Unversehrtheit für die Forschenden stellt sich die Problematik des Feldzugangs. Die Befragung der Montagsmahnwachen war in der in Berlin erfolgten Art nur möglich, weil der Hauptorganisator von der Bühne zur Beteiligung an der Befragung aufgefordert hatte. Was folgt daraus für Befragungen, wenn sich die Befragten möglicherweise in einem Bündnis mit den Forschenden wähnen? Die Rücklaufquoten in anderen

Städten, in denen auch Befragungen ohne die Unterstützung der Veranstalter_innen durchgeführt wurden, waren signifikant niedriger und deshalb kaum verwertbar (wenngleich auch kein grundlegend anderes Antwortverhalten deutlich wurde).

Viele offizielle Versuche der Kontaktaufnahme bei Pegida und Mahnwachen blieben unbeantwortet oder führten zu deutlich distanzierten Reaktionen. Für solche Art von Protesten brauchen wir offensichtlich andere Feldzugänge, wahrscheinlich gilt es aus der Forschung zum Rechtsextremismus oder anderen geschlossenen Subkulturen zu lernen. Doch die Problematik geht weiter. Denn beide Bewegungen standen, wie erwähnt, medial massiv in der Kritik, bevor wir Genaueres über sie wussten. Die Offenheit der Forscher_innen in der Dateninterpretation war davon natürlich (das gilt allerdings immer) ebenso beeinflusst wie ihre Ansprache des Gegenübers. Wie Ängste, Antipathien und sonstige Erwartungserwartungen in einem so hoch polarisierten Feld wirken und Befragungen beeinflussen, müsste Gegenstand eigener methodenkritischer Reflexionsbemühungen sein. Außerdem wurden die Wissenschaftler_innen teilweise wie ein weiterer Gegner wahrgenommen, dem man nicht trauen könne. Die Wissenschaft vom Protest muss deshalb für die Unabhängigkeit und Integrität ihrer Bemühungen werben und diese Versprechen dann selbstverständlich auch einlösen - durch Lauterkeit, Transparenz (beispielsweise hinsichtlich Finanzierung oder Auftraggeberschaft der Studien) und Wahrung höchster forschungsethischer Standards. Eine ethische Grauzone entsteht insbesondere in der Befragung organisierten Rechtsextremismus, wo kritische Forschung mit vollem Einverständnis der Beforschten kaum möglich sein wird, aber deswegen nicht weniger wichtig ist (Ullrich 2010).

Erhebungsinstrumente: Eignung, Validität, Vergleichbarkeit

Eine große Herausforderung für zukünftige Befragungen von Protestbewegungen stellen auch die Fragebögen und die in ihnen verwendeten Instrumente dar. Die Bewegungen, die Auslöser der aktuellen Diskussion waren, unterschieden sich in ihrer politischen Orientierung und im Grad ihrer Schließung erheblich von bisher häufiger befragten linken und linksliberalen Demonstrationen, auf die bestehende Fragebögen zugeschnitten waren. Dies machte die Aufnahme anderer Instrumente nötig, beispielsweise zu Rechtsextremismus und Verschwörungsideologien. Hier geschah manches ad-hoc und muss zukünftig solider Instrumentenkenntnis weichen - auch wiederum mit einem Lernen von der Rechtsextremismus- und Antisemitismusforschung.

Die Anpassung des Instrumentariums an den Gegenstand gerät allerdings in Konflikt mit dem Imperativ der Vergleichbarkeit mit anderen Demonstrationsbefragungen (die wiederum auch schon mit methodischen Mängeln behaftet sein können). Hier gilt es, angesichts der Pfadabhängigkeit aller Entscheidungen, eine Strategie von Konstanz und Variabilität der eingesetzten Itembatterien zu finden sowie speziell an das Protestgeschehen angepasste neue Erhebungsinstrumente auch auf Herz und Nieren zu prüfen, sprich zu validieren. Dabei wäre das transnational vergleichende Projekt "Caught in the Act of Protest. Contextualizing Contestation" (van Stekelenburg et al. 2012) ein möglicher Bezugspunkt, das standardisierte Module zu soziodemographischen und allgemeinen Einstellungsmustern mit zusätzlichen Modulen kombiniert, die auf die konkrete Demonstration zugeschnitten sind. Die inhaltlichen Herausforderungen, die sich je nach zu befragender Demonstration ergeben, bleiben davon jedoch unberührt. Zum Umgang mit Verschwörungsdenken und mit der Problematik sozial erwünschter Antworten muss es vielleicht ganz neue Denkansätze geben.

Kooperation und Standardisierung

Im Feld gibt es keinesfalls nur Probleme. Die Diskussionsveranstaltung in Berlin hat auch deutlich gemacht, welche unterschiedlichen fachlichen Kompetenzen trotz der unzureichenden Institutionalisierung der deutschen Protestforschung vorhanden sind, und dass das vorhandene Datenmaterial wächst. Berlin (ipb) und Göttingen (Institut für Demokratieforschung) waren in den letzten Jahren immer wieder Ausgangspunkte von Erhebungen und etablieren sich als Zentren im Netzwerk von Demonstrationsbefragter_innen; andere Einrichtungen und Projekte stehen auch im engen Austausch, insbesondere mit der ipb.

Die Tatsache, dass verschiedene Teams gleichzeitig Pegida-Demonstrationen befragt haben, ist nicht nur schlecht, da die Studien sich bestenfalls gegenseitig prüfen und kritisieren, möglicherweise auch bestätigen (Reuband 2015). Allerdings werfen vier Befragungen bei einer Protestbewegung - zwei davon aus einem politikwissenschaftlichen Institut hervorgehend - auch Fragen auf. Die massive Präsenz unterschiedlicher Teams verursacht Reibungsverluste: Verwirrung bei Befragten wie Befragenden, wahrscheinlich insgesamt geringere Responsivität. Angesichts der prekären Ausgangslage für die jeweiligen Studien könnte eine vertiefte Kooperation Kräfte und Ressourcen bündeln, allerdings um den Preis erheblich höherer Koordinationskosten. Auch hier gilt es möglicherweise einen Mittelweg zu finden, der Konkurrenz und Kooperation ermöglicht. Kooperation ist insbesondere zur Hebung der methodischen Standards angezeigt, aber sicherlich auch, was die verwendeten Fragen angeht, um Vergleichbarkeit zu erhöhen, und um gegenseitiges Behindern zu vermeiden.

Wenigstens sollten sich in Zukunft sicherlich die "üblichen Verdächtigen" untereinander informieren und die gemeinsame Diskussion der Methode fortsetzen. Denkbar ist aber auch eine Art "Methodenrat", der eine Standardisierung voranbringen kann. Doch auch der würde wahrscheinlich ein vorgeschaltetes Forschungsprojekt "Methodenentwicklung in der Demonstrationsbefragung" verlangen oder zumindest von einem solchen stark profitieren. Eine andere Möglichkeit wäre die zumindest grundsätzliche Übernahme der Befragungsmethode, die in dem Projekt "Caught in the Act of Protest" entwickelt wurde. Das Vorgehen im Projekt hat sich durch die Beteiligung vieler Länderteams zu einem Standard entwickelt, auf den auch neue Projektanträge Bezug nehmen.

FAZIT

Einigkeit herrschte in der Diskussion im Berliner Forschungskolloquium darüber, dass dieser Erfahrungsaustausch erst ein Anfang war. Die einzelnen Punkte müssen noch weiter systematisch durchdacht werden. Dafür ist mehr Zeit nötig und ein Workshop dazu sollte demnächst stattfinden. Denkbar wäre in diesem Sinne auch eine systematische Auswertung vorhandener Demonstrationsbefragungen hinsichtlich dieser Methodenprobleme, um Erfahrungen zu vergleichen und in die Diskussion zu speisen.

Die Ergebnisse solcher Diskussion müssten dann auch festgehalten und in der Community verbreitet und insbesondere in der Praxis beachtet werden. Dabei gilt, dass einige Probleme von Befragungen sich auch durch eine verbesserte Koordination und gemeinsame Standards nicht beheben lassen. Die Kombination mit anderen Methoden ist für den Fall Pegida von drei Teams angewandt worden. Gerade bei Demonstrationen unter Beteiligung der extremen Rechten, bei denen eine Abwehr von Befragungen bestehen bleibt, ist eine Methodenpluralität notwendig. Die

Beobachtung von Äußerungsformen und Interaktionen bei der Demonstration, aber auch die flankierende Analyse von Diskursen, Netzwerken oder separat geführten (Gruppen-)Interviews erlaubt einen tieferen Einblick in die Dynamik von Protesten.

LITERATUR

- Daphi, Priska, Dieter Rucht, Wolfgang Stuppert, Simon Teune, und Peter Ullrich. 2014. *Occupy Frieden. Eine Befragung von Teilnehmer/innen der „Montagsmahnwachen für den Frieden“*. ipb working papers. Berlin. Online: https://protestinstitut.files.wordpress.com/2015/03/occupy-frieden_ipb-working-paper_web.pdf [2015-07-24]
- Daphi, Priska, Piotr Kocyba, Jochen Roose, Dieter Rucht, Sabrina Zajak, Michael Neuber, Franziska Scholl, Moritz Sommer, und Wolfgang Stuppert. 2015. *Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida*. ipb working papers. Berlin. Online: https://protestinstitut.files.wordpress.com/2015/03/protestforschung-am-limit_ipb-working-paper_web.pdf [2015-07-24]
- Décieux, Fabienne, und Oliver Nachtwey. 2014. Occupy: Protest in der Postdemokratie. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 27: 75–88.
- Decker, Oliver, Elmar Brähler, und Johannes Kiess, Hrsg. 2013. *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose*. Forschung psychosozial. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Geiges, Lars, Stine Marg und Franz Walter. 2015. Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? transcript: Bielefeld.
- Patzelt, Werner, in Zusammenarbeit mit Christian Eichardt. 2015. Drei Monate nach dem Knall: Was wurde aus Pegida? Online: https://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-analyse-pegida-mai-2015.pdf [2015-07-24].
- Karl-Heinz Reuband. 2015. Wer demonstriert in Dresden für Pegida. Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen, in: *Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung* 1/2015, S. 133-144; http://www.pruf.de/fileadmin/redaktion/Oeffentliche_Medien/PRuF/MIP/MIP_2015.pdf#page=135 [2015-07-24].
- Ullrich, Peter. 2010. Kritik mit Methode? Sieben Thesen zum Verhältnis von Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik. In *Können Marginalisierte (wieder)sprechen? Zum politischen Potenzial der Sozialwissenschaften*, Hrsg. Martin Dege, Till Grallert, Carmen Dege, und Niklas Chimirri, 1. Aufl., 35–51. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Ullrich, Peter. 2015. *Postdemokratische Empörung. Ein Versuch über Demokratie, soziale Bewegungen und gegenwärtige Protestforschung*. ipb working papers. Berlin. Online: https://protestinstitut.files.wordpress.com/2015/07/postdemokratische-empc3b6rung_ipb-working-paper_web3.pdf [2015-09-16].
- Van Stekelenburg, Jaquelin, Stefaan Walgrave, Bert Klandermans und Joris Verhulst. 2012. Contextualizing Contestation: Framework, Design, and Data. In: *Mobilization: An International Quarterly* 17(3): 249–262.
- Vorländer, Hans, Maik Herold und Steven Schäler. 2014. Wer geht zu PEGIDA und warum? Eine empirische Untersuchung von PEGIDA-Demonstranten in Dresden. *Schriften zur Verfassungs- und Demokratieforschung* 1/2015. Online: http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/poltheo/news/vorlaender_herold_schaeller_pegida_stu die [2015-07-24].